

Einreichende: Linksjugend [solid] Brandenburg (Landesmitgliederversammlung), Konstantin Gräfe (KV Potsdam-Mittelmark), Tina Lange (KV Potsdam), Jürgen Engert (Linksjugend [solid] Brandenburg), Isabelle Vandr  (KV Uckermark), Daniel Sittler (Linksjugend [solid] Brandenburg), Iris Burdinski (Linksjugend [solid] Brandenburg), Tom Berthold (KV Frankfurt (Oder), René Wilke (KV Frankfurt (Oder)

A4: Mindestausbildungsverg tung realisieren

DIE LINKE Brandenburg setzt sich für die Belange von Auszubildenden ein und unterstützt die Auszubildenden im Kampf um ihr Recht auf eine existenzsichernde Bezahlung. Gesetzlich geregelt ist bisher lediglich, dass Azubis Anspruch auf eine Vergütung in "angemessener Höhe" haben. In der Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn wurden Azubis leider nicht beachtet.

Eine Mindestausbildungsverg tung ist dabei auch ein Instrument gegen regional bedingte Ungleichheit, sowie für mehr Gleichstellung der Geschlechter.

Wir fordern die Landtagsfraktion daher dazu auf, sich:

1. für die Festschreibung einer Mindestausbildungsverg tung von 826 € im Landesvergabegesetz
2. für die Initiierung einer Bundesratsinitiative für eine Mindestausbildungsverg tung auf Bundesebene

einzusetzen.

Des Weiteren fordern wir den Landesvorstand der LINKEN Brandenburg auf, sich für die Aufnahme der Mindestausbildungsverg tung in das Bundeswahlprogramm einzusetzen.

Langfristig will DIE LINKE Brandenburg eine existenzsichernde Bezahlung für Auszubildende umsetzen. Dabei sind flächendeckende Tarifverträge das Mittel der Wahl.

Begründung:

Der Ausbildungsreport 2016 der DGB-Jugend gibt gute Beispiele dafür, warum bei Ausbildungsvergütungen Handlungsbedarf besteht. Demnach ist beispielsweise der Anteil tarifgebundener Betriebe zum Nachteil von Auszubildenden rückläufig. So ist die Vergütung in nicht tarifgebundenen Betrieben bis zu 20% niedriger als in Branchen und Regionen, in denen Tarifverträge die Vergütung regeln. Erheblich sind insbesondere die Branchenunterschiede. Beispielsweise erhält ein_e Friseur_in mit 618 € im dritten Jahr deutlich weniger als Bankkaufleute (1039 €).

Eine Mindestausbildungsverg tung wäre zudem hilfreich, um Ungleichheit zwischen Ost und West zu überwinden. Aktuell liegt der Durchschnitt in den neuen Bundesländern 63 € unter dem der alten Bundesländer. Eine Friseur_in in Ostdeutschland erhält sogar nur 54,4 % im Vergleich zu ihren Kolleg_innen in Westdeutschland.

Deutlich sind auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede und somit Ungerechtigkeiten. Zum Beispiel ist die Bezahlung im dritten Ausbildungsjahr in weiblich dominierten Berufen um fast 100 € schlechter gegenüber männlich dominierten Berufen.

Uns ist bewusst, dass 826€ wohlmöglich keine existenzsichernde Bezahlung darstellen. Wir verstehen jedoch diese Mindestausbildungsverg tung als ersten Schritt zu einer langfristigen Realisierung der sozialen Sicherung der Auszubildenden. Dabei präferieren wir flächendeckende Tarifverträge, da es bei staatlichen Lohn-/Verg tungsuntergrenzen zunehmend für Gewerkschaften schwieriger wird, höhere Tarifverträge durchzusetzen. Außerdem erschweren solche Untergrenzen die gewerkschaftliche Mobilisierung, da hier der Staat teilweise die Aufgabe von Tarifverträgen übernimmt, in dem er diese Grenzen definiert. Flächendeckende Tarifverträge und ähnliche Initiativen können jedoch nur auf Bundesebene umgesetzt werden.